

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 203. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 20. September 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mognoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
LR Karl Oberhauser (entsch.)
LR Fabio Rella (unentsch. nach.)
Alfons Rigott (unentsch.)
LR Franz Spögler (unentsch. vorm.)
LR Anton Zelger (unentsch. nach.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 5. September fortzufahren.

Außerdem wurde folgende zusätzliche Tagesordnung hinzugefügt:

9. Landesgesetzentwurf Nr. 285/78/bis: "Freiberufliche Tätigkeit der Krankenhausärzte";
10. Landesgesetzentwurf Nr. 295/78: "Errichtung von Familienberatungsstellen";
11. Landesgesetzentwurf Nr. 302/78: "Vorbeugungs- Heil-, Behandlungs- und Rehabilitationsdienst für soziales Fehlverhalten, Drogenabhängigkeit und Alkoholismus";
12. Landesgesetzentwurf Nr. 308/78: "Skipistenordnung" ;
13. Landesgesetzentwurf Nr. 284/78/bis: "Regelung der Erkundung, des Schürfens und der Ermächtigung zur Gewinnung von Mineralvorkommen".

Die Sitzung beginnt um 9.55 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der 202. Sitzung vom 19.9.1978, teilt der Präsident den Sitzungskalender bis zum Ende der Legislaturperiode mit.

Man fährt nun mit der Behandlung des Punktes 3) der Tagesordnung Landesgesetzentwurf Nr. 289/78: "Errichtung einer Beschwerdestelle für Verwaltungsangelegenheiten" fort.

Der Abg. Stecher ist u.a. der Auffassung, daß ein Kontrollorgan, wie es Erschbaumer vorschlägt, kaum den heutigen Anforderungen entsprechen würde; es habe wenig Sinn, wenn man nur Beschwerden einbringen könne, ohne Rekurse gegen Mißstände einreichen zu können. Hiefür sei der zu errichtende Regionalverwaltungsgerichtshof zuständig.

Der Abg. Jenny bekräftigt seine in der zuständigen Gesetzgebungskommission gemachten Aussagen und betont nochmals, daß die Figur des Volksanwaltes oder Ombudsmannes nur in Ländern üblich sei, die andere politische Strukturen aufweisen als das unsere: Wohl sei eine tiefgreifende Verwaltungsreorganisation notwendig und die Verabschiedung der Ämterordnung. Der von Erschbaumer vorgesehene Volksanwalt würde zu einer Art Klagemauer, an der sich die Beschwerdeführer ausweinen könnten.

Der Abg. Müller ist der Auffassung, daß, wenn schon eine solche Beschwerdestelle errichtet werden soll, auch die Außenbezirke und nicht nur Bozen solche Beschwerdestellen erhalten sollen. Die SVP sei der Auffassung, daß die geeignete Stelle nur der zu errichtende Regionalverwaltungsgerichtshof sei. Auch im Trentino wurde kürzlich ein Gesetzentwurf über den Volksanwalt vom Landtag abgelehnt.

Der Abg. Bertorelle verweist auf die ablehnende Haltung einer Partei, die bereits in der Kommission zum Ausdruck gekommen ist. Positiv am Gesetzentwurf sei die Tatsache, daß für den Schutz der Rechte des einzelnen Bürgers etwas geschehe. Trotzdem könne mit diesem Gesetzentwurf keine

Lösung herbeigeführt werden. Auch in der Toscana und Ligurien habe sich ein derartiges Gesetz nicht bewährt.

Der Abg. Sfondrini betont ebenfalls, daß sich auch seine Partei in der Kommission gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen habe. Trotzdem sei die Tatsache positiv zu bewerten, daß Erschbaumer ein Organ schaffen wollte, daß bis zur Einsetzung des Verwaltungsgerichtshofes die Rechte der Bürger wahrt.

Der Abg. Erschbaumer antwortet nun sehr ausführlich seinen Vorednern und dankt allen für ihre Stellungnahme. Trotzdem könne er die aufgezeigten Gegenargumente nicht teilen.

Der Abg. Dubis bezeichnet die Initiative als solche als positiv, doch hätte ein solches Gesetz in unserer Rechtsordnung wenig Hoffnung auf Erfolg.

Auch LR Gebert nimmt im Namen der Landesregierung zum Gesetzentwurf Stellung und auch sie bezeichnet die Idee als solche als positiv, doch nicht realisierbar.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt nun mit 1 Ja-Stimme, 15 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

Somit gilt der Gesetzentwurf als abgelehnt und man schreitet nun zur Behandlung des Landesgesetzentwurfes Nr. 263/78/bis: "Handelsordnung".

Der Abg. Mitolo verliest den Bericht der dritten Kommission. Zum Gesetzentwurf nehmen die Abg. Stecher und Neuhauser Stellung.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt nun mit 4 Enthaltungen.

Art. 1: mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 2: mit 1 Enthaltung angenommen.

Art. 3: einstimmig angenommen.

Art. 4: der Abg. Neuhauser ersucht den italiensichen Ausdruck "in ogni caso" in deutsch mit "jedenfalls" und nicht mit "allenfalls" zu übersetzen. Zum Artikel selbst nehmen auch Stecher und Pasqualin Stellung.

Der Artikel wird nun mit 3 Enthaltungen angenommen.

Die Art. 5 bis 27 werden ohne Wortmeldungen mit 3 Enthaltungen angenommen.

Art. 28: wird mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Die Art. 29 bis 37 werden mit 3 Enthaltungen angenommen.

Art. 38: wird mit 2 Enthaltungen angenommen.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun von 26 Abstimmenden mit 22 Ja-Stimmen und 4 weißen Stimmzetteln angenommen.

Punkt 5) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 304/78: Bestimmungen im Bereich der Gemeindeschlachthöfe".

LR Dalsass verliest den Bericht der Landesregierung, während Abg. Durnwalder jenen der zweiten Kommission verliest.

In der Generaldebatte erklärt sich der Abg. Stecher im Großen und

Ganzen mit dem Gesetzentwurf einverstanden, nur mit Ausnahme des letzten Absatzes des Artikels 1.

Dalsass antwortet Stecher, wobei Stecher wiederum dem LR Dalsass erklärt, daß er mißverstanden worden sei und nichts gegen eine Funktion des Schlachthofes der VIVES einzuwenden habe. Er sei nur der Meinung, daß die Gemeinden auch eigene Strukturen errichten könnten, und daß die Landesregierung Beitragsleistungen der verschiedenen Gemeinden festlegen könne.

Nach einer abermaligen Wortmeldung durch LR Dalsass erklärt der Abg. Erschbaumer, daß die SPS dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben werde, nur habe er einige Bedenken gegen die Tendenz, daß Kosten sozialisiert und Gewinne privatisiert würden.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit Stimmeneinhelligkeit.

Der einzige Artikel wird von 24 Abstimmenden mit 23 Ja-Stimmen und 1 weißen Stimmzettel genehmigt.

Punkt 6) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 305/78: "Abänderungen des Artikels 3 des Landesgesetzes vom 19. Jänner 1973, Nr. 6".

LR Pasquali verliest den Bericht der Landesregierung, während der Abg. Durnwalder jenen der zweiten Kommission verliest.

Der Abg. Neuhauser ersucht LR Pasquali, den Titel des Gesetzes dahingehend zu ergänzen, damit ersichtlich wird, was das Landesgesetz vom 15. Jänner 1973, Nr. 6 zum Inhalt hat. Pasquali gibt Neuhauser recht und es wird beschlossen, den Titel dahingehend zu ändern.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit Stimmeneinhelligkeit. Nach einer Wortmeldung durch Müller wird der einzige Artikel von 26 Abstimmenden mit 26 Ja-Stimmen in geheimer Abstimmung genehmigt.

Punkt 7) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 307/78: "Änderungen und Ergänzungen zum Landesgesetz vom 27. November 1967, Nr. 15, sowie zu dessen nachträglichen Änderungen und Ergänzungen, betreffend das Personal der bäuerlichen Berufsertüchtigung".

Landesrat Dalsass verliest den Bericht der Landesregierung, während der Abg. Durnwalder jenen der zweiten Kommission verliest.

Der Abg. Erschbaumer betont u.a., daß es sich um ein Schuhnummerngesetz handle, das im Fall der Direktorenstelle auf eine bestimmte Person abgestimmt sei, die noch dazu eine Funktion als SVP-Bürgermeister ausübt.

Der Abg. Stecher schließt sich den Äußerungen Erschbaumers an und betont, daß eigentlich der Gesetzentwurf abzulehnen wäre, weil damit ein Präzedenzfall geschaffen wird.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 2 Enthaltungen.

Die Art. 1 bis 3 werden mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Ein neuer Art. 3 /bis wird von Durnwalder eingebracht und von diesem erläutert.

Der Abg. Erschbaumer ersucht Durnwalder um Unterlagen, betreffend die Mindestkultureinheiten. Durnwalder verspricht die Unterlagen ehestens zu erbringen.

Nach einer Wortmeldung durch Dalsass wird der Artikel mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Art. 4: mit 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Art. 5: der Abg. Erschbaumer bemerkt, daß in den letzten Jahren die Landesregierung öfters schon versprochen habe, Sammeltexte von Gesetzen herauszugeben, aber daß dies nur in den seltensten Fällen geschehen sei.

Dalsass antwortet, daß die Landesregierung dazu gesetzlich ermächtigt werden muß, wie dies auch bei Höfegesetzen geschehen sei. Nach einer abermaligen Wortmeldung durch Erschbaumer wird der Artikel mit 2 Enthaltungen genehmigt. Ebenfalls wird der Art. 6 mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun von 25 Abstimmenden mit 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 weißen Stimmzetteln genehmigt.

Ende der Vormittagssitzung um 12.50 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.55 Uhr.

Man beginnt nun mit der Behandlung des Punktes 9) der Tagesordnung: "Freiberufliche Tätigkeit der Krankenhausärzte".

Der Abg. Bertorelle verliest nun den Bericht der 4. Kommission.

Der Abg. Stecher betont, daß seine Partei bereits in erster Lesung für den Gesetzentwurf gestimmt habe, trotzdem seien die Probleme des Sanitätspersonals nicht gelöst. Den Ärzten aber sei man entgegengekommen. Diese Situation müsse von Grund auf neu überdacht werden, um einen möglichst breiten Konsens zu erreichen.

Der Abg. Dubis ist der Auffassung, daß man die Tätigkeit der Krankenhausärzte nicht einschränken solle, und sie auch wirklich freiberuflich tätig sein lassen solle. Die Arbeit im Krankenhaus würde damit attraktiver werden.

Der Abg. Sfondrini kommt auf den Streik des Sanitätspersonals in den Krankenhäusern zu sprechen und betont, daß das Gesetz bestimmt nicht dazu beitragen werde, die Unruhe unter dem Personal zu vermindern.

Auch der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß die Vorteile des Gesetzes nur den Ärzten zugute kommen. Er ist auch der Auffassung,

daß es wichtiger sei, gute Ärzte für das Spital zu bekommen, die nicht doppelsprachig sind, als Ärzte, die wohl/doppelsprachig sind, aber sonst nicht entsprechen.

Der Abg. Erschbaumer betont, daß er auch bei der ersten Verabschiedung des Gesetzentwurfes dagegen gestimmt habe. Er spricht sich noch einmal für eine gute Besoldung der Ärzte aus, aber gegen eine freiberufliche Tätigkeit im Krankenhaus und gegen Privatstationen.

Der Abg. Jenny ist gegen die Auffassung Erschbaumers, und betont daß gerade die Privatstationen in den Krankenhäusern sehr zur Erhaltung der Krankenhäuser beitragen. Trotzdem soll der Patient immer gleich behandelt werden, wie dies in den österreichischen Krankenhäusern der Fall sei. Durch das Gesetz werde aber das Grundproblem des Sanitätspersonals nicht gelöst. Auch der Abg. Bertorelle ist der Auffassung, daß mit dem Gesetz nur die Anliegen der Spitalsärzte einer Lösung zugeführt werden, aber das Sanitätspersonal keine Vorteile daraus ziehen könne.

Präsident Mognoni drückt sich vorsichtig zum Gesetzentwurf aus und betont u. a., daß die meisten seiner Vorredner über den Artikel 5 gesprochen hätten, obwohl er aus dem Gesetzentwurf herausgenommen worden sei. Er unterstreicht die Aussagen Jennys und Bertorelles, betont aber, daß auch die anderen Probleme gelöst werden müßten.

Abschließend sagt er, daß er für den Gesetzentwurf stimmen werde.

Auch der Abg. Achmüller nimmt zum ex Art. 5 des Gesetzentwurfes Stellung und teilt mit, daß die SVP dem Gesetzentwurf zustimmen werde, obwohl sie für die im ersten Entwurf vorgesehene Doppelsprachigkeitszulage der Ärzte plädiere.

LR Gebert erläutert nun eingehend den Gesetzentwurf und antwortet ihren Vorrednern.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 2 Enthaltungen.

Art. 1 und 2: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 3: ein neuer vierter Absatz wird als Zusatzantrag genehmigt (2 Enthaltungen).

Der so ergänzte Artikel wird nun ebenfalls mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 4 und 5: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 6: mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 7: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Abg. Erschbaumer betont zur Stimmabgabe, daß mit der Möglichkeit, die den Spitalsärzten gegeben wird, auch Privatpatienten zu behandeln, ein allgemeines Prinzip durchbrochen werde, denn kein öffentlicher Beamter, weder Landesbeamter noch Lehrer dürfe außer-

beruflich tätig sein. Der Sanitätsdienst müsse für die gesamte Bevölkerung im gleichen Maße garantiert sein und es dürften damit keine Spekulationen verbunden sein. Daher könne er dem Entwurf nicht seine volle Zustimmung geben.

Der Abg. Achmüller ersucht LH Magnago, ihm auf eine Frage, die er wegen der Zweisprachigkeitszulage gestellt hat, zu antworten.

Magnago betont, daß er dies in einem späteren Zeitpunkt tun werde.

In geheimer Abstimmung wird nun der Gesetzentwurf von 26 Abstimmenden mit 24 Ja-Stimmen und zwei weißen Stimmzetteln genehmigt.

Ende der Sitzung um 17.40 Uhr.

Der Präsident beruft nun eine Fraktionssprechersitzung ein und vertagt die Arbeiten des Landtages auf Dienstag, den 26. und Mittwoch den 27. September 1978.

DIE SEKRETÄRE:

DER PRÄSIDENT:

- Rosa Franzélin-Werth *R. Franzélin* - Prof. Decio Molygoni -
- Dr. Anselmo Gouthier (abwesend) - ~~*Anselmo Gouthier*~~
- Toni Kiem - *Toni Kiem*

/tr

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1 9 7 8
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della ²⁰³ seduta tenuta a BOLZANO il giorno 20 settembre 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Molygoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Benedikter dott. Alfons (giust.)
Abwesende ABGEORNETE: Gouthier avv. Anselmo (giust.)
Ass. Karl Oberhauser (giust.)
Rella Fabio (ingiust. pom.)
Rigott Alfons (ingiust.)
Spögler dott. Franz (ingiust. matt.)
Zelger dott. Anton (ingiust. pom.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire con la trattazione dell'ordine del giorno del 5 settembre 1978, al quale sono stati aggiunti i seguenti punti:

- 9) Disegno di legge provinciale n. 285/78/bis: "Attività libero-professionale dei medici ospedalieri";
- 10) Disegno di legge provinciale n. 295/78: "Istituzione dei consultori familiari";
- 11) Disegno di legge provinciale n. 302/78: "Servizio di prevenzione, cura e riabilitazione delle forme di devianza sociale, tossicodipendenza ed alcoolismo";
- 12) Disegno di legge provinciale n. 308/78: "Ordinamento delle piste da sci";
- 13) Disegno di legge provinciale n. 284/78/bis: "Disciplina della prospezione, ricerca e concessione delle sostanze minerarie".

La seduta inizia alle ore 9.55.

Dopo la lettura e l'approvazione del processo verbale della 202^a seduta del 19-9-1978, il Presidente rende noto il calendario delle sedute fino al termine della corrente legislatura.

Il Consiglio riprende quindi la trattazione del punto 3) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 289/78: "Istituzione di un ufficio ricorsi per questioni amministrative".

Nel prendere la parola, il consigliere Stecher osserva che un organo di controllo, quale quello proposto dal consigliere Erschbaumer, sarebbe difficilmente in grado di corrispondere alle attuali esigenze e che ha poco senso avere la possibilità di presentare ricorsi di questo tipo senza avere la possibilità di denunciare eventuali abusi. Concludendo, egli osserva che tale materia é di competenza dell'istituendo tribunale regionale di giustizia amministrativa.

Nel ribadire quanto già rilevato in sede di Commissione legislativa, il consigliere Jenny sottolinea che la figura del difensore civico o Ombudsman é concepibile solo in Paesi aventi una struttura politica diversa dalla nostra. Dopo aver rimandato alla necessità di un'ampia riorganizzazione nell'ambito dell'amministrazione e dell'approvazione dell'ordinamento degli uffici, egli osserva che il difensore civico proposto dal consigliere Erschbaumer sarebbe destinato a diventare una specie di muro del pianto, davanti al quale il ricorrente può lamentarsi.

Il consigliere Müller é d'opinione che se si vuole istituire un ufficio ricorsi di questo tipo, esso dovrebbe essere dislocato anche nei singoli comprensori e non avere un'unica sede nella città

di Bolzano.

Egli fa peraltro presente che l'SVP ritiene che la sede adatta per tali questioni sia unicamente l'istituendo tribunale regionale di giustizia amministrativa. Egli sottolinea inoltre che anche il Consiglio provinciale di Trento ha recentemente respinto un disegno di legge avente per oggetto l'istituzione del difensore civico.

Il consigliere Bertorelle ribadisce il parere contrario del suo partito, già espresso in sede di Commissione legislativa. L'aspetto positivo del presente provvedimento è costituito dal fatto che si tratta di un'iniziativa per la tutela dei diritti del singolo cittadino. Egli conclude sostenendo che un tale provvedimento non è in grado di risolvere il problema, come del resto è dimostrato sulla base di simili leggi operanti in Toscana e in Liguria.

Anche il consigliere Sfondrini ribadisce l'atteggiamento contrario del suo partito, già manifestato in sede di Commissione. A suo avviso è da valutarsi positivamente il fatto che il consigliere Erschbaumer intendeva istituire un organo che tutelasse i diritti dei cittadini fino all'istituzione del TAR.

Il consigliere Erschbaumer replica circostanziatamente agli oratori che lo hanno preceduto e ringrazia tutti coloro che sono intervenuti. Egli dichiara peraltro di non poter condividere le controargomentazioni emerse dal dibattito.

Nel definire positiva l'iniziativa come tale, il consigliere Dubis sottolinea che nell'ambito del nostro ordinamento giuridico questa legge avrebbe scarse prospettive di successo.

L'Assessore Gebert prende posizione sul provvedimento a nome della Giunta, definendo positiva l'idea come tale, ma irrealizzabile.

Chiusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata non viene approvato (1 voto favorevole, 15 voti contrari e 8 astensioni).

Il disegno di legge è quindi da considerarsi respinto e si passa alla trattazione del disegno di legge provinciale n. 263/78/bis: "Disciplina del commercio".

Il consigliere Mitolo dá lettura della relazione della terza Commissione legislativa.

In sede di discussione generale intervengono i consiglieri Stecher e Neuhauser.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 1: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 2: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 3: approvato all'unanimità.

Art. 4: il consigliere Neuhauser chiede che la dizione "in ogni

caso" venga tradotta nel testo tedesco con "jedenfalls" e non con "allenfalls". Dopo una presa di posizione del consigliere Stecher e dell'Assessore Pasqualin, l'articolo viene approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Gli articoli dal 5 al 27 compreso vengono approvati senza discussione a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 28: approvato all'unanimità.

Gli artt. dal 29 al 37 compreso vengono approvati a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 38: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Il disegno di legge nel suo complesso viene approvato con 22 voti favorevoli e 4 schede bianche su 26 votanti.

Punto 5) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 304/78: "Disposizioni in materia di macelli comunali".

L'Assessore Dalsass dá lettura della relazione della Giunta e il consigliere Durnwalder di quella della seconda Commissione legislativa.

In sede di discussione generale il consigliere Stecher si dichiara in linea di massima d'accordo sul provvedimento, ad eccezione dell'ultimo comma dell'art. 1.

Dopo la presa di posizione dell'Assessore Dalsass, il consigliere Stecher spiega all'Assessore Dalsass di essere stato frainteso, precisando che egli non ha nulla da obiettare in merito alla funzione del macello della VIVES. Egli dichiara di essere semplicemente d'opinione che la Giunta provinciale possa concedere contributi ai comuni.

Dopo un'ulteriore presa di posizione dell'Assessore Dalsas, il consigliere Erschbaumer comunica che l'SPS darà il proprio assenso al provvedimento, sebbene egli nutra delle riserve sulla tendenza a socializzare i costi e a privatizzare i guadagni.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato all'unanimità.

L'articolo unico viene approvato con 23 voti favorevoli e 1 scheda bianca su 24 votanti.

Punto 6) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 305/78: "Modifica dell'art. 3 della legge provinciale 19 gennaio 1973, n. 6".

L'Assessore Pasquali dá lettura della relazione della Giunta e il consigliere Durnwalder di quella della seconda Commissione legislativa.

Aperta la discussione generale, interviene il consigliere Neuhauser, che invita l'Assessore Pasquali ad integrare il titolo della legge, affinché venga specificato l'oggetto della legge provinciale n. 6 del 19.1.1973. L'Assessore Pasquali accoglie questa richiesta, che egli definisce giustificata, e dispone la modifica in tal senso del titolo.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato all'unanimità.

Dopo un intervento del consigliere Müller, l'articolo unico viene approvato in votazione segreta con 26 voti favorevoli su 26 votanti.

Punto 7) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 307/78 "Modifiche ed integrazioni alla legge provinciale 27 novembre 1967, n. 15, e successive modifiche nonché integrazioni, concernenti il personale addetto all'addestramento professionale agricolo".

L'Assessore Dalsass dá lettura della relazione della Giunta e il consigliere Durnwalder di quella della seconda Commissione legislativa.

In sede di discussione generale il consigliere Erschbaumer dichiara, tra l'altro, che questa é una legge fatta su misura, in quanto il posto di direttore viene riservato ad una persona ben determinata, che oltretutto riveste anche la carica di sindaco iscritto all'SVP.

Nell'associarsi a quanto rilevato dal consigliere Erschbaumer, il consigliere Stecher dichiara che questa legge dovrebbe di per sé venire respinta, venendo essa a creare un precedente.

Chiusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Gli artt. dall'1 al 3 compreso vengono approvati a maggioranza con 3 astensioni.

Unnuovo art. 3/bis presentato dal consigliere Durnwalder viene illustrato dal proponente.

Il consigliere Erschbaumer invita il consigliere Durnwalder ad inviargli la documentazione relativa alla minime unità culturali. Il consigliere Durnwalder assicura che provvederà con la massima sollecitudine.

Dopo un intervento dell'Assessore Dalsass, l'articolo viene approvato all'unanimità.

Art. 4: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 3 astensioni.

Art. 5: il consigliere Erschbaumer fa rilevare che negli ultimi anni la Giunta ha spesso promesso di pubblicare testi coordinati di

legge, ma che questa promessa é stata mantenuta solo in rarissimi casi.

L'Assessore Dalsass fa presente al riguardo che per far fronte a tale impegno la Giunta deve venire autorizzata per legge; ciò dicasi anche per le leggi sui masi chiusi.

Dopo un ulteriore intervento del consigliere Erschbaumer, l'art. viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 6: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

In sede di votazione segreta, il disegno di legge nel suo complesso é stato approvato con 21 voti favorevoli, 2 voti contrari e 2 schede bianche su 25 votanti.

(In sede di votazione segreta, il disegno di legge nel suo complesso é stato approvato con 21 voti favorevoli, 2 voti contrari e 2 schede bianche su 25 votanti.)

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.50.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.55.

Punto 9) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 285/78/bis: "Attività libero-professionale dei medici ospedalieri".

Il consigliere Bertorelle dá lettura della quarta Commissione legislativa.

Aperta la discussione generale, prende per primo la parola il consigliere Stecher. Dopo aver sottolineato che il suo partito aveva votato a favore della legge già in prima lettura, egli osserva che, malgrado si vada incontro alle esigenze dei medici, i problemi del personale sanitario non vengono risolti. A suo avviso la situazione va completamente riveduta, al fine di raggiungere il massimo consenso possibile.

Il consigliere Dubis é dell'avviso che non si debba limitare l'attività dei medici ospedalieri e che si debba dare loro effettivamente la possibilità di svolgere un'attività libero-professionale. In tal modo verrebbe a risultare più piacevole il loro lavoro negli ospedali.

Dopo aver accennato allo sciopero del personale sanitario negli ospedali, il consigliere Sfondrini osserva che questa legge non contribuirá senz'altro ad attenuare l'agitazione del personale.

Anche il consigliere Mitolo é d'opinione che dei vantaggi previsti dal presente provvedimento possano fruire soltanto i medici. Egli sostiene inoltre che é molto più importante avere per l'ospedale buoni medici non bilingui che medici bilingui, ma professionalmente scarsamente dotati.

Nel prendere la parola, il consigliere Erschbaumer sottolinea di aver votato contro questa legge anche in sede di prima lettura.

Egli si dichiara ancora una volta d'accordo su una buona retribuzione dei medici, ma contrario all'attività libero-professionale nell'ospedale e contrario a reparti per pazienti privati.

Il consigliere Jenny non condivide l'opinione del consigliere Erschbaumer e tiene a sottolineare che proprio i reparti privati contribuiscono notevolmente alla gestione degli ospedali. Egli dichiara che il paziente deve avere sempre lo stesso trattamento, come negli ospedali in Austria. Concludendo, egli osserva peraltro che il presente provvedimento non risolve il problema basilare del personale sanitario.

Anche il consigliere Bertorelle è del parere che la presente legge tenga conto solo delle richieste dei medici ospedalieri, ma non comporti alcun vantaggio per il personale sanitario.

Il Presidente Molignoni si esprime in termini molto cauti in merito al disegno di legge ed osserva, tra l'altro, che la maggior parte degli oratori che lo hanno preceduto ha parlato dell'art. 5, malgrado esso sia stato scorporato dal provvedimento. Dopo aver sottolineato quanto rilevato dai consiglieri Jenny e Bertorelle, egli ribadisce la necessità di risolvere anche gli altri problemi. Il Presidente Molignoni conclude dichiarando che voterà a favore del disegno di legge.

Dopo aver preso posizione sull'ex articolo 5 del disegno di legge, il consigliere Achmüller comunica che l'SVP voterà a favore del provvedimento, anche se il suo partito è favorevole all'indennità di bilinguismo previsto per i medici nel testo originario del disegno di legge.

Segue quindi l'esauriente replica dell'Assessore Gebert che risponde a quanti sono intervenuti nella discussione.

Chiusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Artt. 1 e 2: approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 3: un nuovo quarto comma viene approvato come emendamento aggiuntivo a maggioranza con 2 astensioni.

L'articolo così integrato viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Artt. 4 e 5: approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 6: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 7: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

In sede di dichiarazione di voto il consigliere Erschbaumer sottolinea, che, riconoscendo ai medici ospedalieri la possibilità di curare anche pazienti privati, si lede un principio fondamentale, in quanto nessun altro dipendente pubblico può, né in qualità di dipen-

dente della Provincia né di insegnante, svolgere attività libero-professionale. Egli dichiara inoltre che il servizio sanitario deve essere garantito in pari misura per tutta la popolazione e che non dovrebbero essere ammesse speculazioni di nessun genere. Egli dichiara che, in considerazione di ciò, non può dare pieno assenso al provvedimento.

Il consigliere Achmüller invita il Presidente Magnago a rispondere ad una domanda da egli postagli in riferimento all'indennità di bilinguismo.

Il Presidente Magnago comunica che risponderà in altra sede.

In sede di votazione segreta, il disegno di legge viene approvato con 24 voti favorevoli e 2 schede bianche su 26 votanti.

La seduta termina alle ore 17.40.

Dopo aver convocato una seduta dei capigruppo, il Presidente aggiorna la seduta a martedì, 26 e mercoledì, 27 settembre 1978.

I SEGRETARI:

IL PRESIDENTE:

- Rosa Franzelin-Werth - *Rosa Franzelin-Werth*
- Dr. Anselmo Gouthier (assente) - *Anselmo Gouthier*
- Toni Kiem - *Toni Kiem*
Prof. Decio Mognoni - *Decio Mognoni*

/tr
